



Die Schweiz ist eine gespaltene Nation

Smarte, weltoffene Swissness statt abgedroschene Sonderfallrhetorik wünscht sich der Historiker Jakob Tanner. Für die Orientierung in der heutigen Welt taue die mythische Figurenkulisse nicht mehr richtig. Interview Thomas Gull

Jakob Tanner, sind Sie ein Patriot?

Jakob Tanner: Allenfalls ein Verfassungspatriot. Patriotismus ist eine ambivalente Kategorie. Patrioten haben mobilisiert für ein Vaterland, das Kriege führte, Gewalt ausübte. Nationalismus weist auch im 21. Jahrhundert ein grosses Gewaltpotenzial auf. Gleichzeitig ist die moderne Demokratie innerhalb von Nationalstaaten entstanden. Deren Verfassungen schützen die Menschen- und Bürgerrechte. Doch es gibt immer wieder Konflikte zwischen Demokratie und Rechtsstaat, wie etwa das Minarettverbot zeigt.

Was macht für Sie die Schweiz aus?

Tanner: Die Schweiz ist eine Chiffre für Vieles, auch Gegensätzliches. Das Bild der Schweiz ist in einem europäischen Projektionsraum entstanden. Die Wahrnehmung war schon in der Frühen Neuzeit gespalten: Auf der einen Seite haben wir, wie etwa im «Simplicissimus» von Grimmelshausen, ein «irdisch Paradies», ein Arkadien in den Bergen, eine alpine Sehnsuchtslandschaft. Victor Hugo erklärte im 19. Jahrhundert, die Schweiz werde in der Geschichte das letzte Wort haben. Auf der anderen Seite hat Thomas Morus in seinem «Utopia» die Schweizer als geldgierige, hässliche Leute dargestellt. Die Unterstellung, in diesem Land werde um des Geldes willen alles mögliche Unrecht begangen, durchzieht die Geschichte. Solche Zuspitzungen münden zuletzt in der Gegenüberstellung von «Musterstaat» und «Schurkenstaat».

Das sind Fremdbilder, Projektionen von aussen.

Tanner: Nein, diese Bilder zirkulieren über die Grenzen hinweg. Es gibt entsprechende Auseinandersetzungen auch in der Schweiz. Bereits um 1900 formierte sich eine nationale Rechte, eine antidemokratische, antisemitische «reaktionäre Avantgarde» wie mein Kollege Hans Ulrich Jost sie nannte, die eine imaginäre schweizerische Heldenvergangenheit beschwor und von einem «Gotthardstaat» träumte. Und es gab Linke, aber auch Liberale, die über nationalstaatliche Grenzen hinausdachten und die wirtschaftliche Machtkonzentration als undemokratisch kritisierten.

Wir erleben seit Jahren ein erbittertes Ringen um die Deutungsmacht des Schweizerischen. Dabei hat das national-konservative Lager die Oberhand. Weshalb?

Tanner: Die SVP hat tatsächlich seit Beginn der 1990er-Jahre bei nationalen Wahlen einen fulminanten Aufstieg erlebt. Auf kantonaler Ebene sieht die Bilanz weit weniger gut aus. Und wenn diese Kreise ihre Forderungen alleine vertreten, erreichen sie keine Mehrheit. Alle fünf Überfremdungsiniciativen, die seit den 1960er-Jahren lanciert wurden, endeten mit einer Niederlage. Der nationalen Rechten ist es bisher nicht gelungen, ihre Vision einer kulturell homogenen Sonderfall-Schweiz durchzusetzen. Bei der Verwahrungs-, der Minarett- oder der Ausschaffungsiniciative kam es jedoch zu breiteren Allianzen, die zu Mehrheiten führten.

Die Nationalkonservativen begründen ihre Abwehrhaltung mit dem «Sonderfall» Schweiz. Sind wir als Nation etwas ganz Besonderes?

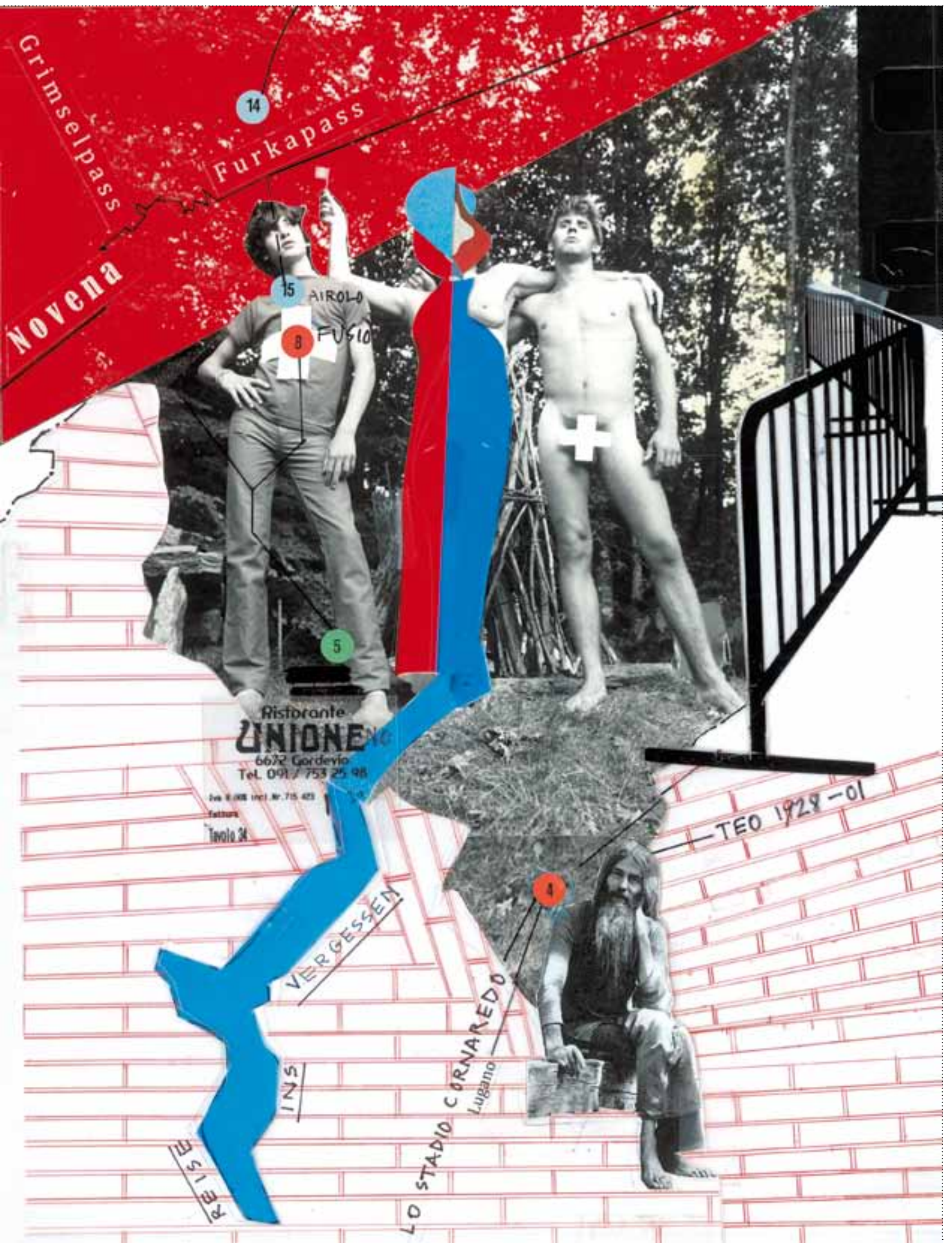
Tanner: Die Schweiz hat sich seit den 1870er-Jahren, als sie vollständig von grossen Nationalstaaten umgeben war, als historische Willensnation definiert. Man sagte sich: Wir sind ein vielfältiges Land, das seine Existenz nicht auf eine einheitliche Sprache, Kultur oder Rasse zurückführen kann. Unsere «nationale Sonderexistenz» lässt sich nur aus der Geschichte heraus begründen.

Wer hat die Idee der Willensnation aufgebracht?

Tanner: Der Staats- und Völkerrechtler Carl Hilty formulierte das neue Credo in einer Schrift von 1875 so: «Wir haben einen starken Willen, eine Nation zu sein.» Der Rechtswissenschaftler Johann Caspar Bluntschli, der in Heidelberg lehrte, forderte gleichzeitig, die Schweiz müsse sich eine Erklärung ihrer selbst geben, sonst sei sie

Zur Person

Jakob Tanner (61) ist Professor für Geschichte der Neuzeit am Historischen Seminar und an der Forschungsstelle für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte der Universität Zürich. Zurzeit ist er Fellow am Freiburg Institute for Advanced Studies (FRIAS) in Freiburg i.B., wo er eine Geschichte der Schweiz im 20. Jahrhundert verfasst. Letzte Veröffentlichung: Switzerland for sale. Aufstieg und Niedergang eines nationalen Geschäftsmodells, in: Julie Paucker, Peer Teuwsen (Hg.), Wohin treibt die Schweiz? Zehn Ideen für eine bessere Zukunft, München 2011. Kontakt: jtanner@hist.uzh.ch



Grimsepass
Novena

14

Furkapass

15 AIRLO
8 FUSIO

5

Ristorante
UNIONE
6672 Gordèvio
Tel. 091 / 753 25 98

via il 008 int. nr. 715 423
fattura
Tavolo 34

TEO 1928 - 01

4

VERGESSEN

REBESSE

LO STADIO CORNAREDO
Lugano

gefährdet. Damit entstand ein Paradox: Um eine Nation zu sein, gelangte man zu einer Definition, die nicht dem damaligen Nationalitätenprinzip entsprach. Bundesrat Jakob Stämpfli hielt schon in den 1860er-Jahren fest: «Würde das Prinzip der Nationalität anerkannt, so wäre damit die Existenz der Schweiz vernichtet.» Hier äussern sich auch Bedrohungsgefühle. Die Schweiz konterte mit einer Doppelstrategie: zum einen mit der selbstbewussten Aufwertung von Geschichtsbildern, zum andern mit einer raschen Entwicklung der Wirtschaft, die verhinderte, dass die Alpenrepublik zu einem innereuropäischen Kolonialgebiet wurde.

Das Bild der Willensnation ist eine intellektuelle Konstruktion des 19. Jahrhunderts?

Tanner: Die Schweiz hat sich im ausgehenden 19. Jahrhundert als Nation neu erfunden und neue emotionale Identifikationsmuster geschaffen. Nach dem Sonderbundskrieg von 1847 waren Erinnerungsorte wie Morgarten, Sempach, Näfels oder St. Jakob an der Birs noch in den Kulturkampf zwischen Liberalen und Katholisch-Konservativen integriert. Die 500-Jahr-Feier der Schlacht bei Sempach von 1886 war der Durchbruch zu einer nationalen Erinnerungskultur. Auf 1891 hin wurde der Bundesbrief von 1291, der vorher unter «ferner liefen» rangierte, zur Staatsgründungsakte aufgewertet und der 1. August zum Nationalfeiertag erklärt. Bundesbrief, Wilhelm Tell, Rütlichschwur und Burgensturm wurden zum grossen Mythos eines kleinen Staates verschmolzen.

Also doch ein intellektueller Akt?

Tanner: Man könnte von einer intellektuellen Konstruktion sprechen, weil Hilty und Wilhelm Oechsli, ein Historiker am Polytechnikum in Zürich, vom Bundesrat den Auftrag erhielten, Bücher zu schreiben, worin für das Volk allgemein verständlich erklärt wurde, weshalb die Schweiz 1291 entstanden sein soll. Beide Bücher machten beeindruckende Karrieren.

Die Schweiz definierte sich im 19. Jahrhundert selbst in Abgrenzung zu allen anderen als «Willensnation». Inzwischen ist das Selbstbild der Schweiz als europäischer Sonderfall, die im Alleingang allen Anfechtungen trotzte, zum Problem geworden.

Tanner: Das begann mit dem Ende des Kalten Krieges. Bis in die ausgehenden 1980er-Jahre galt es als ausgemacht, dass die Schweiz der Europäischen Gemeinschaft (wie die EU bis 1992 hiess) wegen der Neutralität, dem Föderalismus und der direkten Demokratie nicht beitreten könne. Mit der «Wende» änderte sich das in fast atemberaubendem Tempo. Die Schweiz entschied sich im Frühjahr 1992 für die Institutionen von Bretton Woods, kurz danach deponierte die Landesregierung in Brüssel ein Beitritts-gesuch zur EG und bereitete den Beitritt in den Europäischen Wirtschaftsraum vor, was jedoch scheiterte.

Das EWR-Nein von 1992 war ein grosser Erfolg der nationalen Rechten. Damit begann der Aufstieg der SVP. Weshalb wurde ihr das Terrain mehr oder weniger kampfflos überlassen?

Tanner: Eine Regierung, die die Schweiz als Teil der Welt sieht und die mit der EU ins Gespräch kommen will, kann mit historischen Mythen, die während des Kalten Krieges im Wesentlichen den todesmutigen Kampf gegen Fremdherrschaft und fremde Richter bedeuteten, nicht mehr viel anfangen. Nach der Implosion des Ostblocks wurde versucht, die nationale Souveränität neu zu defi-

«Swissness stärkt den kulturellen Austausch und dient dem Geschäft, auf dem der materielle Wohlstand der Schweiz basiert.»

nieren und andere Traditionen stark zu machen, die in der Geschichte der Schweiz weniger prominent vertreten sind. In dieser Situation konnte die nationale Rechte erfolgreich ein historisches Terrain besetzen, das über Jahrzehnte als Kern der Schweizer Nation dargestellt und auch mit viel Bundesgeld aufgewertet worden war.

Sie selber haben versucht, diese lieb gewonnenen Selbstbilder zu dekonstruieren. Weshalb haben Sie den Kürzeren gezogen?

Tanner: Die Dekonstruktion historischer Mythen: das haben wir längst hinter uns. Das Wissen, wie solche mythischen Geschichtsbilder entstehen, wie sie funktionieren und wirken, muss man zwar immer wieder zu vermitteln versuchen, aber wissenschaftlich ist das nicht mehr originell. Ich habe die Vorstellung, man könne

Mythen «zertrümmern», immer abgelehnt. Kein rationaler Vorschlaghammer kann sie aus der Welt schaffen. Mythen sind jedoch plastisch und elastisch. Sie lassen sich ironisch brechen, sie können in unterschiedlichen Gebrauchskontexten eine andere Aufladung erhalten. Die Arbeiterbewegung hat Mythen wie Tell und Winkelried verwendet, um gegen geballte Kapitalkraft ins Feld zu ziehen. Das vertrug sich durchaus mit einer internationalistischen Ausrichtung. Für die Orientierung in der Welt des 21. Jahrhunderts taugt die mythische Figurenkulisse insgesamt nicht mehr so richtig. Heute ist die Stärkung der Menschen- und Bürgerrechte weit wichtiger geworden. «Verfassungspatriotismus» meint ja genau dies.

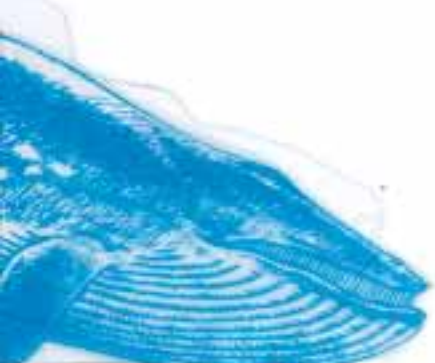
Fehlt uns heute nicht ein positives Bild der Schweiz, an dem wir uns orientieren könnten?

Tanner: Heute ist die Swissness en vogue. Das ist eine Verbindung von kommerziellen Interessen und Versatzstücken nationaler Mythen, die für transkulturelle Kommunikation eingesetzt werden. Bereits seit dem 18. Jahrhundert hat sich die Schweiz touristisch mit dem Einsatz nationaler Symbole vermarktet. Das ist heute wieder

aktuell. Ich sehe Swissness nicht in der Linie einer nationalen Abwehrhaltung, wie sie von der SVP vertreten wird, sondern eher als kulturelle Lockerungsübung. Swissness kann mithelfen, die Ausgrenzungs- und Gewaltenergien, die im Nationalismus angelegt sind, zu depotenzieren. Swissness bedeutet Respekt vor andern. Sie stärkt den kulturellen Austausch und dient dem Geschäft, auf dem der materielle Wohlstand der Schweiz basiert.

Der Kampf um die Deutung unserer Vergangenheit ist Teil des Kulturkampfes zwischen national-konservativen und liberal-progressiven Kräften, der im Moment tobt. Wer wird ihn gewinnen?

Tanner: Ich befürchte, dass der Vormarsch der Rechten noch nicht abgeschlossen ist. Die Idee,



man könne mit der nationalen Privilegienverteidigung im globalen Rahmen reüssieren, hat sich wohl noch nicht abgenutzt. Aber das ist kein mehrheitsfähiges Konzept für die Schweiz. Ich gehe auch davon aus, dass die europäische Integration die zurzeit aufstrebenden nationalistischen Strömungen überlebt.

Bisher sind wir als schrullige Sonderlinge in Europa ganz gut gefahren. Weshalb sollten wir etwas daran ändern?

Tanner: Es geht nicht um die Frage: Alleinangang oder Kooperation, sondern um den Grad und die Form wirtschaftlicher, rechtlicher und kultureller Verflechtung über die Grenzen hinweg. Die Schweiz kann in sehr vielen Dingen nicht mehr selbst entscheiden, obwohl uns das die nationale Rechte mit ihrer Sonderfall-Rhetorik einreden möchte. Stellvertretend dafür steht der Euphemismus «autonomer Nachvollzug», der ja weit gehend eine automatische Anpassung ist. Die Schweizer Wirtschaft ist stark europäisiert und setzt zu einem Viertel ausländische Arbeitskräfte ein. Das macht diese Anpassungsleistung notwendig. Oft wird argumentiert, wenn wir der EU beitreten würden, müssten wir auf die direkte Demokratie verzichten. Tatsächlich kann sich die Schweiz nicht grenzenlos abhängig machen, wirtschaftlich überall dabei sein, und dann noch über alles selber entscheiden wollen.

Müsste die Position der Schweiz neu definiert werden?

Tanner: Die direkte Demokratie ist ein zukunftsfähiges Konzept. Es muss jedoch eine Diskussion darüber stattfinden, wie sie an eine fortschreitende Europäisierung und Internationalisierung von Recht und Wirtschaft angepasst werden kann. Die aktuelle Tendenz, die direkte Demokratie für fremdenfeindliche, völkerrechtswidrige Kampagnen im Dienste nationalistischer Wahlmobilisierung zu nutzen, entwertet sie nicht nur in der Schweiz. Sie wird in ganz in Europa diskreditiert. Wäre die Schweiz hingegen Mitglied der EU, so könnte sie für eine direktdemokratische Politik werben und hätte damit einen Einfluss, der weit über ihre territoriale und bevölkerungsmässige Kleinheit hinausginge.



These 6 – Oliver Diggelmann:

Migranten machen die Schweiz reich

Die politischen Eliten hätten sich lange Zeit geweigert, die Bevölkerung darauf vorzubereiten, dass die Schweiz ein Einwanderungsland ist, kritisiert der Jurist und Rechtsprofessor Oliver Diggelmann. Interview Roland Gysin

Oliver Diggelmann, hat die Schweiz ein Ausländerproblem?

Oliver Diggelmann: Das ist eine gefährliche Frage. Man kann sie fast nur mit einem fremdenfeindlichen Grundton oder naiv beantworten. Man muss sich Migrationsfragen sehr vorsichtig nähern. Es gibt die positiven Aspekte, denken Sie etwa daran, dass die Personenfreizügigkeit für Unternehmen und den Gesundheitsbereich ein Segen ist. Und es gibt Probleme, auch schwere. Die muss man benennen, Tabuisierungen helfen auf Dauer nicht weiter.

Vor der Abstimmung zur «Ausschaffungsinitiative» 2010 schrieben Sie in der deutschen Wochenzeitung «Die Zeit», die Situation im Migrationsbereich hätte «Unbehagen», «Zorn» und eine zunehmende «Sorge um das Schweizerische» hervorgerufen.

Diggelmann: Mehrere Entwicklungen kommen zusammen, die man ernst nehmen muss. In der öffentlichen Diskussion werden sie leider oft nicht auseinander gehalten. Negative Gefühle können so leichter instrumentalisiert werden. Eine Rolle spielt sicher, dass der Bundesrat und die Parteien bei der Abstimmung zu den Bilateralen Verträgen 2000 bei der Personenfreizügigkeit tief gestapelt haben. Man wusste damals schlicht nicht, wie viele Menschen kommen werden. Zwischen damaligen Versprechen und heutiger Realität gibt es eine Kluft. Wir haben in den letzten Jahren einen durchschnittlichen positiven Wanderungssaldo von jährlich 60 000 Menschen, das ist viel. Die Schweiz muss an Immigration zurzeit einiges aushalten.

Und im Asylbereich?

Diggelmann: Jährlich gibt es rund 15 000 neue Asylgesuche. Die meisten Gesuchsteller haben aber keine Chance auf Asyl. Die Abklärungen dauern lange, manchmal objektiv zu lange. Und nach negativen Entscheiden bleiben viele noch eine ganze Weile hier, einige tauchen ab. Das ist unbefriedigend, auch wenn die Lösung dieser Probleme viel schwieriger ist, als man sich dies aus der Distanz vorstellt. Wir müssen sicher sein, dass wir niemanden in ein Land zurückschicken, in dem er gefoltert oder getötet wird. Die «Sorge um das Schweizerische» ist ein Fluchtpunkt für diese negativen Gefühle. Manche sorgen sich um die Stärken der Schweiz, die gute Infrastruktur in Politik, Bildung oder im Verkehr. Sie fürchten, dass Fremde einen weniger sorgfältigen Umgang mit diesen Institutionen pflegen. Diesen Umgang kann man lernen, und viele tun dies. Nicht überall aber ist der Wille dazu vorhanden.

Aktuell leben in der Schweiz rund 1,7 Millionen Ausländerinnen und Ausländer. Davon befinden sich knapp 40 000 Personen, also gut 2 Prozent, in einem Asylverfahren. Weshalb lässt sich gerade mit Asylbewerbern so gut Politik machen?

Diggelmann: Wir müssen sehen, dass sich die Wahrnehmung der Asylbewerber seit den 1970er-Jahren stark verändert hat. Dafür gibt es mehrere Gründe. Die quantitative Seite gehört auch dazu, ich würde sie nicht verharmlosen. Die Institution des Asyls ist von der Grundidee her ein Privileg für persönlich Verfolgte. Diese Grundidee verträgt sich schlecht mit dem Umstand, dass